Nummer 273

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Goldpfennig. 69. Jahrgang Freitag, 13. Juni 1924

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten, „Welt und Wissen“, tägliche Unterhaltungsbeilage mit Roman, sowie „Das Leben im Bild“, Illustrierte Wochenbeilage, und „Heitre Welt“, humoristische Wochenbeilage

Telegramm-Adr.: „Börsenkrone“ Postscheck-Konto: Berlin 26412

Verantwortl. Leiter: Handelsteil: W. Funk, Berlin; Polit. Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: F. Köppen, Berlin-Friedenau; Inseratenteil: H. Ronglewsky, Berlin-Charlottenburg. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37
Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 0,90 Goldmark, Stellungsuchende 0,40 Goldmark, Reklamezeile 4,50 Goldmark. Bezugs-Preis: Monatlich 6,00 Goldmark. Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal, Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslands-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im II. Quartal 1924 für Amerika 9 Dollar, Frankreich 175 französ. Francs, Belgien 200 belg. Francs, Schweiz 50 schweizer. Francs, Holland 22,50 holländ. Gulden, Dänemark 50 dänische Kronen, Schweden 35 schwedische Kronen, Norwegen 60 norweg. Kronen, England 40 Schilling, Italien 200 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 70 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 300 tschechische Kronen, Brasilien 90 Milreis, Argentinien 26 Pesos, Serbien 925 Dinar; für den Monat April 1924 nach Oesterreich 200 000 österreichische Kronen, Ungarn 100 000 ungarische Kronen, Polen 20 000 000 polnische Mark, Litauen 30 Lit, Lettland 775 lettische Rubel, Finnland 125 finnische Mark, Estland 1300 estländische Mark.

Für Manuskr. übernimmt der Verlag keine Verantwortung | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Unverlangt eingesandt. Manuskr. ist Rückporto beizufügen

Heute Entscheidung über Eisenbahnerstreik.

Die Verhandlungen mit dem Reichsverkehrsministerium.

WTB Berlin, 12. Juni.

Heute nachmittag fand im Reichsverkehrsministerium eine Besprechung zwischen dem Reichsverkehrsministerium und den Vertretern der Eisenbahngewerkschaften statt, in der die bekannten Forderungen der Gewerkschaften auf Lohnerhöhung und anderweitige Arbeitszeitregelung überreicht wurden. Eine materielle Verhandlung fand nicht statt. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Die Antwort des Reichsverkehrsministers wird in einer für morgen mit den Gewerkschaften vereinbarten erneuten Zusammenkunft mitgeteilt werden.

Von der BS.-Korrespondenz wird über die Verhandlungen im einzelnen berichtet: Nachdem die Vorstände der Eisenbahner-Großorganisationen aller Richtungen gestern und vorgestern in zum Teil stürmischen Beratungen übereingekommen waren, vor Ausrufen des Streiks noch einmal mit dem Reichsverkehrsministerium und der Regierung eine letzte Einigung zu versuchen, fanden heute nachmittag ½4 Uhr mit Vertretern des Reichsverkehrsministeriums Verhandlungen statt, die etwa zwei Stunden dauerten. Die Organisationen erklärten, daß sie bereit seien, **von ihrer ursprünglichen Lohnforderung in Höhe von 30 Prozent herunterzugehen** unter der Voraussetzung, daß das Reichsverkehrsministerium andererseits in der Frage der zehnstündigen Arbeitszeit der Bahnunterhaltungsarbeiter sowie in der Frage de rBezahlung der neunten Arbeitsstunde durch einen Ueberstundenzuschlag und in der Frage der Neuberatung der Dienstdauervorschriften ein Entgegenkommen zeigen werde. Die Regierungsvertreter haben dann erklärt, daß in der Frage der zehnstündigen Arbeitszeit der Bahnunterhaltung und in der Frage der Dienstdauervorschriften die Verhandlungen wiederaufgenommen werden könnten und vielleicht ein Entgegenkommen gezeigt werden würde. In der Lohnfrage selbst und in der Frage der Bezahlung der neunten Arbeitsstunde durch einen besonderen Zuschlag sei jedoch das Reichskabinett ausschlaggebend, das durch die Vertreter des Reichsverkehrsministeriums befragt werden müßte.

Die Vertreter des Reichsverkehrsministeriums ersuchten darauf um eine Vertagung der Verhandlungen um 24 Stunden, damit die Ansicht der einzelnen vorgesetzten Instanzen herbeigeschafft werden könnte. Im Laufe des Freitags gehen die Verhandlungen weiter. Das Ergebnis dieser Verhandlungen wird die Frage Streik oder Nichtstreik entscheiden. Wenn die Regierung nicht ein weiteres Entgegenkommen in den strittigen Punkten zeigt, dann dürfte ein, das ganze Wirtschaftsleben schwer schädigender Generalstreik der Eisenbahner unvermeidlich sein. Auf der anderen Seite hat die Verhandlung am gestrigen Donnerstag jedoch ergeben, daß die Regierung ihrerseits Konzessionen zu machen bereit ist. Aus diesem Grunde **steht zu hoffen, daß im Wege friedlicher Verständigung ein Ausgleich erlangt wird**, der sowohl mit den finanziellen Interessen des Reiches vereinbar ist, wie auf der anderen Seite aber auch den Arbeitern der Reichsbahn eine Befriedigung gewährt.

Das Reichskabinett zur Ausreisegebühr.

Eine Sondersitzung mit dem Reichsbankpräsidenten.

Berlin, 12. Juni.

Das Reichskabinett genehmigte heute den Entwurf einer Abänderung des Reichswahlgesetzes. Die Frage der Auslandsreisegebühr wird in einer Sondersitzung des Kabinetts zu Beginn der nächsten Woche besprochen werden, da sie nicht zu trennen ist von der Währungs- und Kreditlage, die im Zusammenhang hiermit durch den Präsidenten der Reichsbank eingehend dargelegt werden wird. Fiskalische Absichten werden bei der Frage der Aufrechterhaltung der Ausreisegebühr wie bisher vollkommen außer Betracht bleiben.

Zu dem Beschluß des Reichskabinetts über die Abänderung des Reichswahlgesetzes ist ergänzend mitzuteilen: Das Reichskabinett hat heute beschlossen, den bereits früher genehmigten Entwurf einer Novelle zum Reichswahlgesetz (Wahlreformnovelle), welche die Bildung kleinerer Wahlkreise vorsieht, nunmehr beim Reichsrat einzubringen. Die Novelle sieht außerdem vor, daß die Parteien sich an den Kosten des Stimmzettels beteiligen, um so mißbräuchliche Ausnutzung des amtlichen Einheitsstimmzettels, der sich im übrigen vorzüglich bewährt habe, bei künftigen Wahlen auszuschalten.

— **Degoutte verbietet Nachrichten über die Vorgänge in Paris.** Aus Dortmund wird berichtet: Der kommadierende General der Besatzungstruppen gibt bekannt, daß er Sanktionen verhängen würde, wenn die Zeitungen Mitteilungen über die sich zur Zeit in Paris abspielenden Vorgänge brächten, die eine Herabsetzung der Würde der Besatzungstruppen bedeuteten.

Unhaltbarkeit der Micum-Verträge.

Vorstellungen der Reichsregierung in Paris und Brüssel.

EE Paris, 12. Juni.

Wie der Temps meldet, hat der deutsche Botschafter in Paris und der deutsche Gesandte in Brüssel der französischen und belgischen Regierung am Montag Schriftstücke der Reichsregierung überreicht, in denen mitgeteilt wird, daß die deutschen Industriellen des Ruhrgebiets nicht in der Lage seien, die Kohlenlieferungen fortzusetzen und daß die deutsche Regierung sich außerstande sähe, dieseLieferungen zu finanzieren. Die Reichsregierung betone, daß ihr an einer grundsätzlichen Regelung der Frage gelegen sei und schlägt vor, daß die im Berichte der Sachverständigen herangezogene Transportsteuer zur Bezahlung dieser Lieferungen benutzt würde.

In Anbetracht des Umstandes, daß augenblicklich in Frankreich Kabinettskrisis bestehe, konnte das Schreiben der Reichsregierung nicht sofort erledigt werden. Der Quai d'Orsay ließ jedoch mitteilen, daß er eine Fortsetzung der Micumverträge wünsche, bis eine neue Regierung gebildet sei, die die Frage entscheiden könne.

Die neuen Micum-Verhandlungen in Düsseldorf.

TU Düsseldorf, 12. Juni.

Heute nachmittag 4 Uhr haben die Besprechungen zwischen der Sechserkommission und den Vertretern der M. J. C. U. M. begonnen. Die Verhandlungen bezwecken offensichtlich zunächst nur eine Fühlungnahme zwischen den deutschen und den französischen Unterhändlern. Das Endziel der diesmaligen Zusammenkünfte zwischen den Industrievertretern und den Besatzungsbehörden dürfte sein, die privaten M. J. C. U. M.-Verträge durch staatliche zu ersetzen.

Die französische Behörde gibt über die heutigen Micum-Verhandlungen folgendes

Kommunique

heraus:

Die Besprechungen zur Erneuerung der Micum-Verträge haben heute um 4 Uhr nachmittags begonnen. Die deutschen Industriellen waren durch die Herren Vögler, Thyssen, Reusch, Fickler, Fahrenhorst, von Felsen, Klöckner, Herbig und Jüngst vertreten. Die Industriellen legten die schwierige Lage dar, in der sie sich infolge der aus den Micum-Verträgen entstandenen Lasten und den aus den letzten Streiks sich ergebenden Konsequenzen befinden. Sie stellten die Frage, ob die französische und belgische Regierung geneigt seien, die für die Reparationsleistungen erforderlichen Summen entweder direkt vorzuschießen oder durch Vermittlung der Pfänderkasse vorzustrecken. Sie erklärten, nötigenfalls die unentgeldlichen Reparationslieferungen fortsetzen zu können, unter der Bedingung, daß die Besatzungsbehörde anerkenne, daß diese Leistungen auf Konto des Sachverständigenplanes, und zwar rückwirkend ab 15. April gehen. Das am 15. April abgeschlossene Abkommen würde somit hinfällig. Da die Micum diese verschiedenen Vorschläge ganz entschieden ablehnte, beschlossen die Industriellen, mit der Regierung in Berlin Rücksprache zu nehmen. Die nächste Besprechung wird am nächsten Sonntag, 10 Uhr vormittags, in Düsseldorf stattfinden.

Die Sechserkommission in Berlin.

TU Düsseldorf, 12. Juni.

Die Sechserkommission ist heute abend zu Besprechungen mit der Reichsregierung bereits wieder nach Berlin abgefahren. Die Industriellen gaben bei ihrer Abfahrt den anwesenden Journalisten lediglich bekannt, daß die Verhandlungen mit der Micum ergebnislos verlaufen seien.

Die Vorabstimmung zur Präsidentenwahl.

Eine Vollversammlung der Linksfraktionen.

Paris, 12. Juni.

Um 2 Uhr nachmittags sind die fünf Gruppen, die zum Kartell der Linken gezählt werden, zu einer Beratung zusammengetreten. Es sind vertreten die Demokratische Linke des Senats (Vollstärke 165 Sitze), die Radikale Linke der Kammer (Vollstärke 30 Sitze), die Radikale Kammergruppe (147 Sitze), die Sozialrepublikaner (Vollstärke 29 Sitze) und die Sozialisten (Vollstärke 103 Sitze). Die Gruppe der republikanischen Union (90 Mitglieder) des Senats hat heute vormittag beschlossen, an der Vorkonferenz nicht teilzunehmen, weil die Linksrepublikaner des Senats (35 Mitglieder) von dieser Konferenz ausgeschlossen worden sind.

An der Abstimmung in der Vollversammlung der linksstehenden Parteien zur Bestimmung eines Kandidaten für die Präsidentschaft der Republik haben 475 Deputierte und Senatoren teilgenommen. Das Ergebnis der Wahl ist folgendes: Kammerpräsident Painlevé 306, Senatspräsident Doumergue 149, Poincaré 1 Stimme, weiße Zettel 19.

Painlevés Aussichten verschlechtern sich.

eca Paris, 11. Juni.

Der Umstand, daß Doumergue in der Vorabstimmung 149 Stimmen erhielt, obwohl er nicht als Kandidat aufgetreten war, wird in politischen Kreisen dahin ausgelegt, daß sich die Aussichten Painlevés verschlechtern, falls Doumergue in der Nationalversammlung als Kandidat auftreten sollte. 451 Stimmen werden in Versailles die absolute Mehrheit bilden, die im ersten und im zweiten Wahlgang notwendig ist. Die 307 Stimmen, die Painlevé heut erhalten hat, werden unter Umständen das Maximum dessen darstellen, was er überhaupt erhalten kann, während die 149 Stimmen für Doumergue ohne weiteres durch die Stimmen der Poincarégruppe im Senat sowie einzelner Zentrumsgruppen verstärkt werden könnten, so daß die Aussichten Doumergues für den dritten Wahlgang, wo die absolute Mehrheit nicht mehr notwendig ist, erheblich steigen würden.

Neue Schwierigkeiten in der Kandidatenfrage

Doumergue und Painlevé verzichten, wenn . . .

Paris, 12. Juni.

Eine Delegation der Gruppen der Linken hat nach Beendigung der Versammlung der linksstehenden Kammer- und Senatsgruppen, in deren Verlauf keine Einigung über den Kandidaten des Blockes der Linken für die Präsidentschaft der Republik erzielt wurde, einen Schritt beim Senatspräsidenten Doumergue unternommen, um ihn zu ersuchen, zugunsten Painlevés auf die Kandidatur zu verzichten. Doumergue erwiderte, er habe keinen Verzicht auszusprechen, denn er sei bei der vorbereitenden Abstimmung kein Kandidat gewesen. Doumergue habe hinzugefügt, wenn ein reaktionärer Kandidat aufgestellt würde, dann übernehme er die Verpflichtung, im Falle er in die Minderheit gebracht werde, zugunsten des republikanischen Kandidaten zu verzichten, wenn dieser die meisten Stimmen erreicht habe. Nach der Unterredung, die mehrere führende Mitglieder der zum Block der Linken gehörenden Parteien mit dem Senatspräsidenten Doumergue gehabt haben, hat sich eine Delegation, bei der sich Briand und Herriot befanden, zum Kammerpräsidenten Painlevé begeben, um das Verlangen zu stellen, er möge im Hinblick auf das Ergebnis der heutigen Vorabstimmung **auf seine Kandidatur für die Präsidentschaft der Republik verzichten.**

Um 7 Uhr 50 Minuten hat eine neue Sitzung des Kartells der Linken stattgefunden, in deren Verlauf die Antwort bekanntgegeben wurde, die Painlevé der Delegation gegeben hat. Er hat sich bereit erklärt, **seine Kandidatur für den Kongreß zurückzuziehen unter der Bedingung, daß der Senatspräsident Doumergue sich angesichts der Benennung eines dritten republikanischen Präsidentschaftskandidaten zurückzieht.** Eine Delegation hat sich zum Senatspräsidenten Doumergue begeben, um ihm von der Absicht Painlevés Kenntnis zu geben und ihn zu fragen, was er nunmehr zu tun gedenke. Die Delegation besteht aus den Abgeordneten Briand, Thomson, Paul Boncourt und dem Vorstand der demokratischen Linken.

Dennoch: Painlevé Einheitskandidat der Linken.

Paris, 12. Juni.

Nachdem Senatspräsident Doumergue sich bereit erklärt hat, seine Kandidatur für die Präsidentschaftswahl zurückzuziehen, haben die Parteien, die zum Kartell der Linken gehören, beschlossen, die Kandidatur Painlevé aufrechtzuerhalten. Die sozialistische Kammergruppe wird ebenfalls für Painlevé stimmen.

Ausnahmezustand in Rumänien.

TU Prag, 12. Juni.

Wie aus Bukarest gemeldet wird, hat die Regierung Bratianu für ganz Rumänien den Ausnahmezustand erklärt. Alle Versammlungen und öffentlichen Kundgebungen sind untersagt. Ueber die Presse ist die Zensur verhängt. Alle Briefschaften und Depeschen ins Ausland werden durchgesehen. Die Lage der Regierung Bratianu ist sehr schwierig. Der König empfing gestern General Averescu und andere Politiker der Opposition. Averescu teilte dem König mit, daß die Hauptforderung der Oppositionellen der Rücktritt der jetzigen Regierung sei.

Der Parteitag des Niedergangs

Von

August Winnig.

Das kleine Stückchen deutschen Lebens, das sich seit Mittwoch abend im Hause des preußischen Landtages abspielt, ist keineswegs so belanglos, wie man es beim flüchtigen Lesen der Berichte empfinden mag. Erstaunt man ob der Inhaltlosigkeit der Reden, so muß man doch wissen, daß die letzte Bedeutung dieses Parteitages gerade in dieser Inhaltlosigkeit liegt. Man werfe einen Blick auf die Lage der sozialdemokratischen Partei: sie kommt eben aus einem Wahlkampfe, der sie bis auf den Stand von 1890 zurückgeworfen hat; in einem Lande, dessen erwachsene Bevölkerung zu drei Vierteln zu den unselbständigen Erwerbstätigen gehört, beträgt ihr Anhang ein knappes Fünftel; die Partei hat ein Volksurteil empfangen, so eindeutig ablehnend, daß es eine Katastrophe darstellt. Man sucht vergeblich in den Reden nach einem Wort, das sich mit dieser Tatsache beschäftigt. Daß heute mindestens ebenso viel Arbeiter, wie der Sozialdemokratie folgen, ihre erbitterten Gegner sind, das äußerte sich auf diesem Parteitage bisher nicht. Eine Ahnungslosigkeit, die nicht gewöhnlich ist. Ein Fehlen jeder Selbstkritik, das hier zum Symptom wird.

Debatten von höherer prinzipieller Bedeutung würde es auf dem Parteitage nicht geben, meinte der Berichterstatter des Vorstandes. Damit dürfte er Recht behalten. Der materialistische Sozialismus kann heute nichts klügeres tun, als solchen Debatten aus dem Wege zu gehen. Nur liegt darin das Einverständnis verborgen, daß man Werbendes nicht mehr zu sagen hat. Darin gerade muß man die Bedeutung dieses Parteitages sehen, daß er die innere Ueberlebtheit des Parteikörpers offenbart. Wir sehen hier die geistige Erschöpfung, das Versagen und Verstummen vor den Schicksalsfragen der Zeit und der Nation.

Um so mehr aber wenden sich die Hoffnungen der Partei und des Parteitages der Situation des Augenblicks zu. Man tröstet sich: wir werden schon wieder erstarken!, und man fühlt sich belebt und gekräftigt von den Veränderungen, die sich in Frankreich vollzogen haben. In der Zustimmung zum Sachverständigengutachten liegt, nach der Versicherung Crispiens, „das Vertrauen zur Politik der englischen Arbeiterregierung, der französischen Genossen und unserer Internationalen“. Auf der schaukelnden Welle dieser Situation schwimmt heute die Hoffnung der sozialdemokratischen Partei. Es ist ein Symbol, daß der Blick, dem sich im eigenen Lande kaum noch ein Lichtstrahl zeigt, aus den Entwicklungen im Auslande die Hoffnungen sammelt. Die Zukunft hat man verspielt, und die Nation hat man verloren, aber der Augenblick ist noch günstig, und vom Auslande erwartet man das Heil.

Dies ist, wie gesagt, bedeutungsvoll, weil es symbolisch und typisch ist. Man konnte wohl daran denken, wenn auch nicht erwarten, daß dieser Parteitag einen starken Griff in das Leben der Nation tun könne. Etwa so, daß der Lebenswille des Arbeiters, aufgescheucht von der großen Niederlage, einen beherzten Schritt nach vorwärts getan hätte, um aus der öden Ebene verdorbener und gestorbener Bürgerlichkeit, in der sich die Partei heute bewegt, hinaufzusteigen auf die Höhe der geschichtlichen Sendung. Man konnte daran denken, erwarten durfte man es nicht. Es ist bisher nicht geschehen und es wird auch heute und morgen nicht geschehen. Das eben ist die Bedeutung dieser Tagung, daß sie die Unwiderruflichkeit des Niederganges besiegelt.

Demgegenüber ist der etwa noch kommende Richtungsstreit klein und belanglos. Wenn Cri-

Die vorliegende Zeitung enthält die humoristische Wochenbeilage

Heitre Welt.